

Bitte mehr Biss

Europäische Währungsunion. Ab dem Jahr 2013 soll der Europäische Stabilitätsmechanismus als neue Institution Euroländern aus finanziellen Schwierigkeiten helfen. Noch sind die Regelungen allerdings verbesserungsbedürftig. Die Erfahrungen mit Griechenland, Portugal und Spanien haben zudem gezeigt, dass mehr wirtschaftspolitische Koordination erforderlich ist.

Die Europäische Währungsunion wird neue Regeln bekommen. So löst in zwei Jahren der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) den jetzigen Euro-Rettungsschirm ab. Die Hilfen für klamme Euroländer sollen damit strenger reglementiert werden. Bislang fehlt den Ideen dafür jedoch der nötige Biss. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW)

hat daher einen eigenen Vorschlag ausgearbeitet, der zwei Schwerpunkte hat:

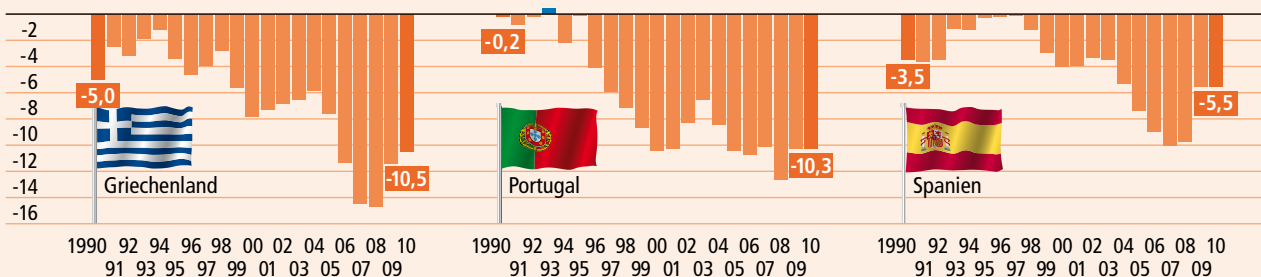
1. Es muss zwischen der Überschuldung und der Illiquidität eines Staates unterschieden werden. Überschuldung bedeutet, dass ein Land die Zahlungen an seine Gläubiger aufgrund zu hoher Schulden einstellen muss. Dann kommt es nicht umhin,

mit seinen Privatgläubigern über eine Umschuldung zu verhandeln. Anleger werden so in Zukunft vorsichtiger agieren und auch von anderen Wackelkandidaten höhere Risikoprämien verlangen. Zu laxen Kreditkonditionen wie vor der Krise dürften so seltener werden. →

Die Leistungsbilanz erfasst die internationalen Handels- und Einkommensströme eines Landes. Der Saldo ist eine wichtige Kennziffer zur Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Staates. Ein Leistungsbilanzdefizit kann entstehen, wenn ein Land mehr importiert, als es exportiert bzw. wenn es auf Pump lebt, also der inländische Gesamtverbrauch größer ist als die eigene Wertschöpfung.

Südliche Euroländer: Große Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



2010: Schätzung; Quelle: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 12

In dieser Woche

**Baden-Württemberg/
Rheinland-Pfalz:** Das hochindustrialisierte Ländle und der strukturschwache nördliche Nachbar haben wenig gemeinsam.
Seite 3

MINT-Arbeitsmarkt: Das Angebot an MINT-Akademikern steigt, hinkt aber der Nachfrage weiter hinterher.
Seite 4-5

Frauenquote: Die Bundesregierung ist noch uneins darüber, wie sie die Präsenz von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft fördern will.
Seite 6

Lohnpolitik: In der Bauwirtschaft stehen die Zeichen in der laufenden Tarifrunde auf Lohnangleichung zwischen Ost- und Westdeutschland.
Seite 7

Sperrzeiten: Diese werden nur selten aus dem Grund verhängt, dass Arbeitslose eine angebotene Stelle verweigern.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ Die Schuldnerstaaten müssen zudem in ein Anpassungsprogramm gezwungen werden, das während der Umschuldungsverhandlungen Bedingung für EU-Hilfskredite ist.

Anders sieht es bei Illiquidität aus – wenn ein eigentlich noch solventer Staat schlichtweg vom Finanzmarkt ausgeschlossen ist und kein Geld mehr bekommt. Das kann passieren, wenn nervöse Anleger so hohe Zinsen verlangen, dass das benötigte Kapital nicht mehr erschwinglich ist.

Befindet sich das betroffene Land in keinem Haushaltsstrafverfahren, stehen ihm Hilfskredite zu, allerdings zu hohen Zinsen. Anders als bislang in Brüssel geplant sollten die Hilfs- und Anpassungsprogramme aber auf maximal zwei Jahre statt auf drei Jahre befristet sein.

Ein unabhängiges Expertengremium sollte für die brisante Entscheidung über Illiquidität oder Überschuldung ein Votum abgeben, das von den Staats- und Regierungschefs der Euroländer einstimmig angenommen werden muss.

2. Der ESM sollte die Möglichkeit haben, in eng begrenztem Maß Staatsanleihen der betroffenen, noch solventen Staaten aufzukaufen. Eine solche Intervention am Staatsanleihenmarkt ist die einzige Möglichkeit, übertriebene Zinsanstiege so zu bremsen, dass möglicherweise keine Liquiditätshilfen gezahlt werden müssen. Dies wie bisher der Europäischen Zentralbank zu überlassen, bedroht deren Reputation und Unabhängigkeit. Daher sollte diese Aufgabe auf den ESM übergehen.

Damit es in Zukunft gar nicht erst zu möglichen Staatsbankrotten kommt, muss auch die Wirtschaftspolitik in der Eurozone besser koordiniert werden. Dass besonders bei den Sorgenkindern Griechenland,

Spanien und Portugal einiges im Argen lag, ließ sich an den Leistungsbilanzdefiziten der drei Staaten erkennen (Grafik Seite 1):

Griechenland hat seit 1975, dem Jahr des ersten in der OECD-Datenbank ausgewiesenen Wertes, in keinem einzigen Jahr einen Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaftet.

Spanien und Portugal verzeichneten in den 24 Jahren vor dem Eurobeitritt jeweils in fünf Jahren einen Leistungsbilanzüberschuss und 19-mal ein Defizit.

Die drei Staaten sind für ihre missliche Lage in erster Linie selbst verantwortlich. So sind die Löhne

deutlich schneller als die Produktivität gestiegen, was die Lohnstückkosten in die Höhe getrieben hat.

Im Jahr 2009 lagen die Lohnstückkosten in Griechenland um nahezu 40 Prozent über dem Stand von 2000, Spanien kam auf ein Plus von 31 Prozent, Portugal auf 27 Prozent.

Zum Vergleich: In Deutschland stieg dieser Wert nur um 7 Prozent.

Zusätzlich haben Griechenland, Spanien und Portugal in den vergangenen zehn Jahren viel Kapital importiert – es meist aber nicht richtig genutzt. Statt produktiv zu investieren, wurde konsumiert und damit praktisch auf Pump gelebt. In Griechenland stieg die Konsumquote zwischen 2000 und 2009 von 90,2 Prozent auf 94,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Grafik). Portugal ging den gleichen Weg: Die Konsumquote kletterte, die Spar- und die Investitionsquote sanken.

In Spanien verlief die Entwicklung anders: Die Iberer investierten kräftig – allerdings vor allem im Bausektor, was letztendlich zu einer Immobilienpreisblase geführt hat.

Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone gehen also vor allem auf Versäumnisse in den Ländern der Euro-Peripherie zurück. Die neuen Regelwerke müssen daher diese Staaten stärker an die Kandare nehmen. Der kürzlich von den EU-Regierungschefs beschlossene „Pakt für den Euro“ schreibt vernünftige Ziele fest, etwa nationale Schuldenbremsen, mehr Demografie-Festigkeit der Staatsfinanzen und flexiblere Arbeitsmärkte.

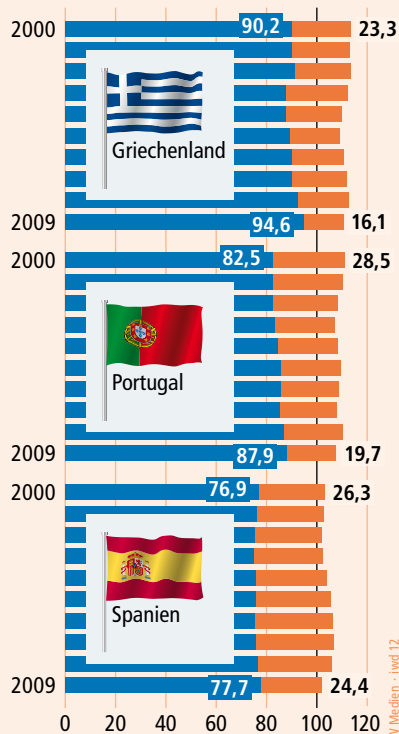
Damit schafft sich die Eurozone keine zentrale Wirtschaftsregierung. Vielmehr lässt der Euro-Pakt Spielraum für nationale Besonderheiten und den institutionellen Wettbewerb um die besten Lösungen.

Über die Verhältnisse gelebt

Übersteigen Konsum und Investitionen in einem Land die eigene Wirtschaftsleistung – sind die beiden Größen zusammen also höher als 100 Prozent –, kann der Staat auf Dauer ein Problem haben, da er mehr verbraucht und investiert, als er selbst produziert, und sich über das Ausland finanzieren muss.

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

■ Konsumausgaben ■ Investitionen



Investitionen: Bruttowerte
Quelle: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · Iwd 12

Der eine zahlt, der andere empfängt

Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz. Am 27. März wird in den beiden Ländern im Südwesten Deutschlands gewählt. Strukturell haben das hoch-industrialisierte und wohlhabende Ländle und der nördliche Nachbar aber wenig gemeinsam.

Nach dem heftigen Einbruch der Industrieproduktion durch die Krise des Jahres 2009 erlebte Baden-Württemberg im vergangenen Jahr eine fulminante Erholung; mit einem Plus von 5 Prozent im ersten Halbjahr wuchs die Wirtschaft in Deutschland nirgendwo schneller.

In Normalzeiten trägt die Industrie in Schwaben und Baden ein Drittel zur Bruttowertschöpfung bei; auch 2009 wurde mit einem Anteil von 27 Prozent noch immer die höchste Industriedichte aller Länder verzeichnet. Beim Thema Arbeitslosigkeit glänzt Baden-Württemberg ebenfalls:

Im Februar 2011 lag die Quote zwischen Bodensee und Neckar bei 4,5 Prozent – der niedrigste Wert in der Republik.

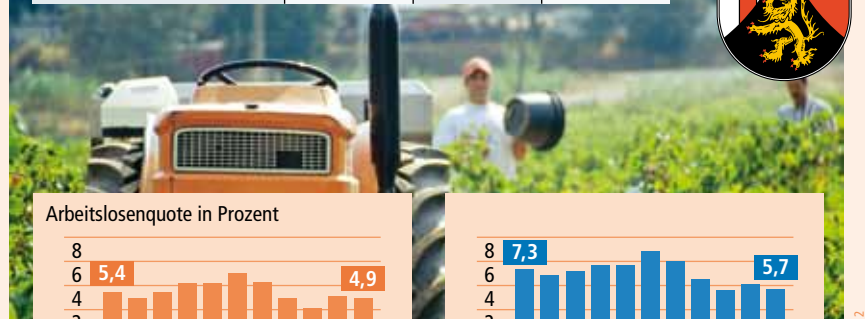
Schon seit Jahren weist Baden-Württemberg eine hervorragende Arbeitsmarktbilanz auf – selbst im Krisenjahr 2005 überstieg die Quote nicht 7 Prozent. Damit widerlegt das Land mit seinem Wirtschaftsschwerpunkt im Automobil- und Maschinenbau alle Auguren, die vom Weg in eine postindustrielle Gesellschaft als Zukunftsmodell sprechen.

Rheinland-Pfalz ist dagegen überwiegend strukturschwach. Das Verarbeitende Gewerbe ist lediglich auf der „Rheinschiene“ konzentriert, insbesondere den Chemiestandort

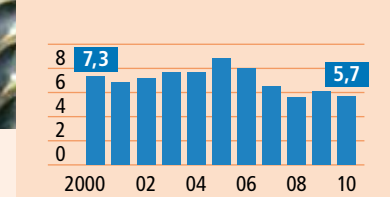
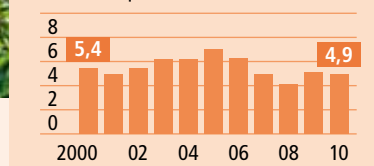
Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz: Ungleiche Nachbarn

■ Baden-Württemberg ■ Rheinland-Pfalz ■ Deutschland

Einwohner in 1.000	10.748	4.019	81.862
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	343,7	102,5	2.407,2
BIP je Einwohner in Euro	31.982	25.511	29.406
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Euro	55.106	49.393	53.414



Arbeitslosenquote in Prozent



Stand: 2009; Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 12

Ludwigshafen. Mit 25.500 Euro je Einwohner liegt das Bruttoinlandsprodukt um ein Fünftel niedriger als beim Nachbarn im Süden (Grafik). Immerhin ist das Land gut aus der Krise gekommen: Im ersten Halbjahr 2010 kletterte die reale Wirtschaftsleistung um mehr als 4 Prozent.

Dass eine geringere Industriedichte gerade in Krisenzeiten auch von Vorteil sein kann, zeigt der Arbeitsmarkt: Mit einer Arbeitslosenquote von nur 5,7 Prozent im Jahr 2010 und 6 Prozent im Februar 2011 unterbieten die Rheinland-Pfälzer den Bundesdurchschnitt. Neue Stellen entstanden in den vergangenen Jahren beispielsweise durch den Billigflieger-Airport in Hahn.

Die Unterschiede zwischen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg

spiegeln sich auch in der finanziellen Situation der beiden Nachbarn wieder. Während Baden-Württemberg der zweitgrößte Zahler im Länderfinanzausgleich ist – allein im Jahr 2010 mussten Schwaben und Badener 1,7 Milliarden Euro beisteuern –, gehört Rheinland-Pfalz zu den Nettoempfängern; im vergangenen Jahr konnten sich die Pfälzer über 263 Millionen Euro freuen.

Trotzdem ist das Bundesland mit 30,6 Milliarden Euro hoch verschuldet und könnte demnächst über den Finanzausgleich hinaus ein Kandidat für Konsolidierungshilfen des Bundes werden. Je Einwohner gerechnet stehen die Rheinland-Pfälzer mit 7.637 Euro in der Kreide, während es beim südlichen Nachbarn „nur“ 5.415 Euro sind.

Gefragt, begehrt, gesucht

MINT-Arbeitsmarkt. Der technische Fortschritt macht sie zu begehrten Arbeitskräften: Fachkräfte mit einem Abschluss in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik (MINT). In Deutschland arbeiten derzeit rund 2,2 Millionen MINT-Akademiker. Zwar ist ihre Zahl seit dem Jahr 2000 um knapp 500.000 Personen gestiegen, doch das Angebot hinkt der Nachfrage weiter hinterher: Im Februar fehlten dem Arbeitsmarkt gut 117.000 MINTler. *)

In den Hochtechnologiebranchen tummeln sie sich naturgemäß besonders häufig: Im Maschinen- und Fahrzeugbau besitzen rund 78 Prozent der dort beschäftigten Akademiker einen MINT-Abschluss, in der Elektroindustrie und in der Forschung und Entwicklung sind es jeweils mehr als 70 Prozent und in der Datenverarbeitung fast 69 Prozent (Grafik Seite 5). Doch nicht nur in den klassischen Ingenieurbranchen sind die MINTler stark vertreten. Auch in anderen Bereichen ist aufgrund der fortschreitenden Technisierung – Stichwort Computer, Internet & Co. – der Anteil der MINT-Erwerbstätigen gestiegen:

Im Jahr 2008 hatten beispielsweise mehr als 20 Prozent der Akademiker, die im Kredit- und Versicherungsgewerbe beschäftigt waren, einen MINT-Abschluss in der Tasche.

MINT-Akademiker sind jedoch nicht nur in allen Branchen vertre-

ten, sondern betätigen sich auch in vielen Berufen – knapp 5 Prozent der MINTler arbeiteten zuletzt als Lehrer an einer Schule oder Hochschule; mehr als 10 Prozent gingen einem wirtschaftswissenschaftlichen Beruf nach, zum Beispiel als leitender Angestellter oder Geschäftsführer in einem Maschinenbau- oder IT-Unternehmen.

Angesichts des vielfältigen Bedarfs gibt es schon seit Jahren Engpässe bei Arbeitskräften mit naturwissenschaftlich-technischem Know-how – die Lücke ist mal kleiner, mal größer (Grafik). Seit zwei Jahren steigt die Zahl der offenen Stellen wieder merklich an, inzwischen erreichen die Vakanzen fast die Rekordstände des vorangegangenen Booms. Gleichzeitig hat sich die Arbeitslosigkeit der MINT-Qualifizierten seit 2004 mehr als halbiert. Beide Entwicklungen haben dazu geführt, dass dem deutschen Arbeitsmarkt im Februar 2011

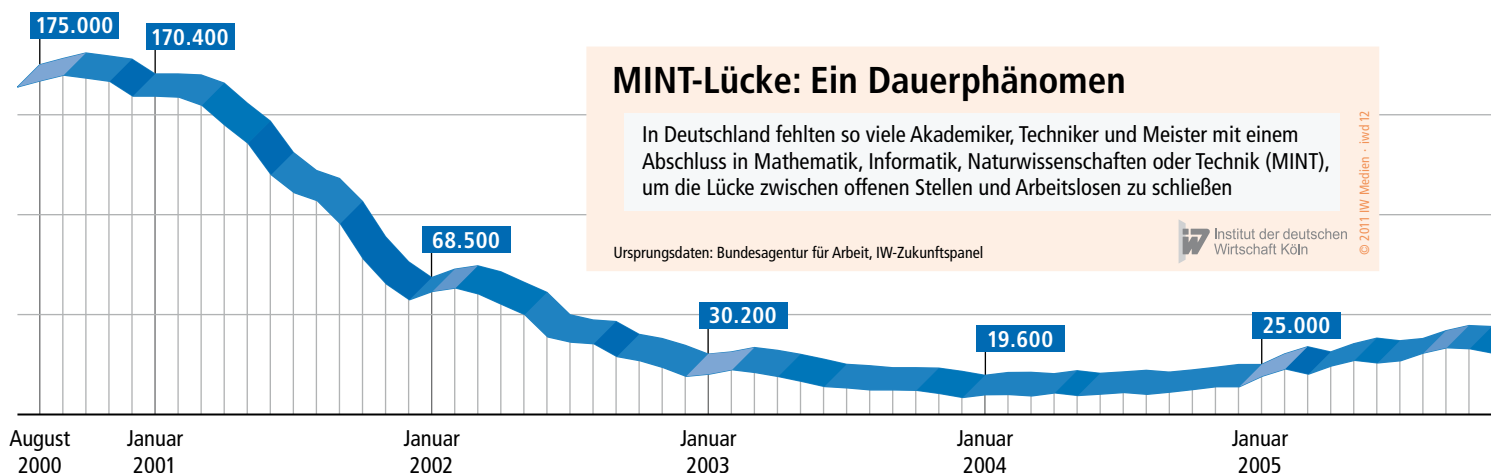
Was sich an den Unis und FHs tut

An den Hochschulen in Deutschland ist die Zahl der MINT-Erstabsolventen von 58.000 im Jahr 2000 auf rund 95.000 im Jahr 2009 gestiegen. Diese Dynamik geht zum Großteil auf die gestiegene Studierneigung zurück, zu einem kleinen Teil aber auch auf eine größere Begeisterung für die MINT-Fächer. Die Anzahl an Frauen, die sich für ein MINT-Studium eingeschrieben hat, ist allerdings nur in dem Maße gewachsen, wie die Studierneigung von Frauen insgesamt zugelegt hat.

rund 117.000 hochqualifizierte MINTler fehlten. Allein zwischen Januar und Februar 2011 vergrößerte sich die MINT-Lücke um rund 21.000 Personen, das ist die höchste Steigerung seit dem Sommer 2000 – dem Zeitpunkt, an dem das Institut der deutschen Wirtschaft Köln mit der Analyse dieses Arbeitsmarktsegments begann.

Die gestiegene Nachfrage beschert den Technikern und Naturwissenschaftlern im Übrigen nicht nur einen vergleichsweise sicheren Arbeitsplatz, sie macht sich auch

*) Vgl. Christina Anger, Vera Erdmann, Axel Plünnecke: MINT-Trendreport 2011 – Gutachten für BDA und Gesamtmetall. www.iwkoeln.de/studien



bezahlt: Akademiker in einem MINT-Beruf erzielen im Schnitt höhere Löhne als Akademiker in sonstigen Berufen; außerdem konnten die MINT-Absolventen ihren Lohnvorsprung gegenüber anderen Akademikern zwischen 2000 und 2009 von 15 auf 25 Prozent ausbauen.

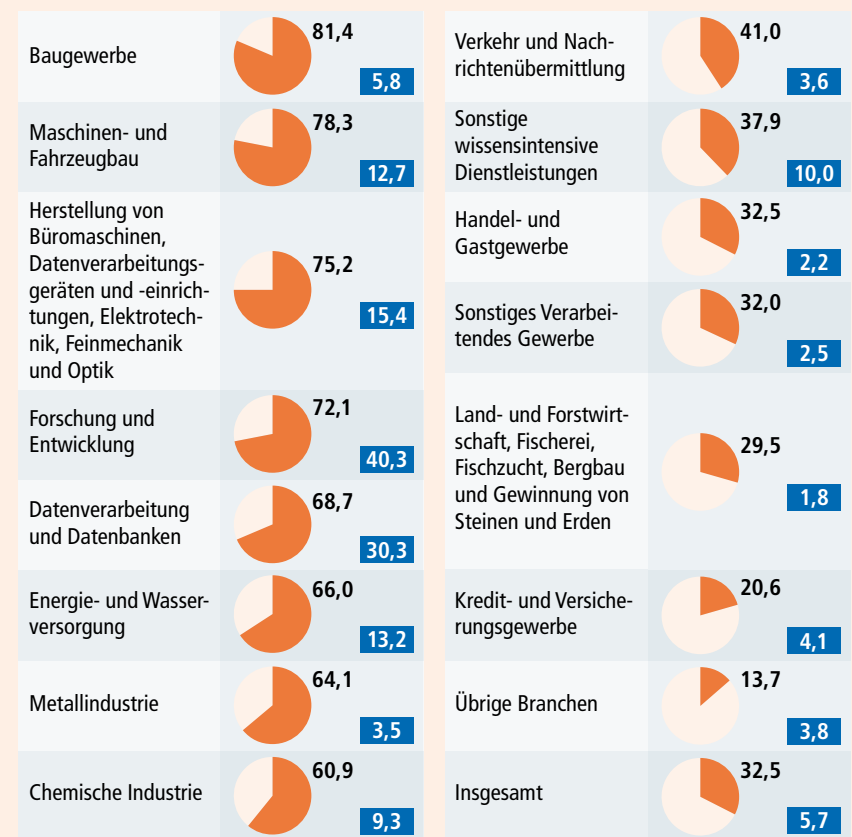
All diese Trends dürften sich in den kommenden Jahren fortsetzen, denn allein aufgrund der demografischen Entwicklung erhöht sich der Bedarf an MINT-Kräften weiter: Bereits heute werden jährlich mehr als 44.000 Akademiker benötigt, um die aus Altersgründen ausscheidenden MINT-Fachkräfte zu ersetzen. In den nächsten Jahren steigt dieser „Ersatzbedarf“ auf rund 52.000 MINTler jährlich an. Hinzu kommt der „Expansionsbedarf“, der sich aus der Technisierung und dem damit einhergehenden wachsenden Bedarf an solcherart qualifizierten Arbeitskräften ergibt; dieser beträgt knapp 62.000 Personen pro Jahr. Damit liegt der jährliche Gesamtbedarf an zusätzlichen MINT-Akademikern bereits deutlich über 100.000 – und er wird weiter zunehmen.

Um diese Nachfrage zu decken, ist es wichtig, die naturwissenschaftlichen Kenntnisse der Schüler weiter zu verbessern und mehr junge Menschen zu einer entsprechenden Ausbildung oder einem MINT-Studium zu bewegen (Kasten). Zwei zusätz-

MINT-Fachkräfte: Überall vertreten

So viel Prozent der ... in diesen Branchen haben einen Hochschulabschluss in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik (MINT)

■ Akademiker ■ Erwerbstätigen



Stand: 2008
 Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

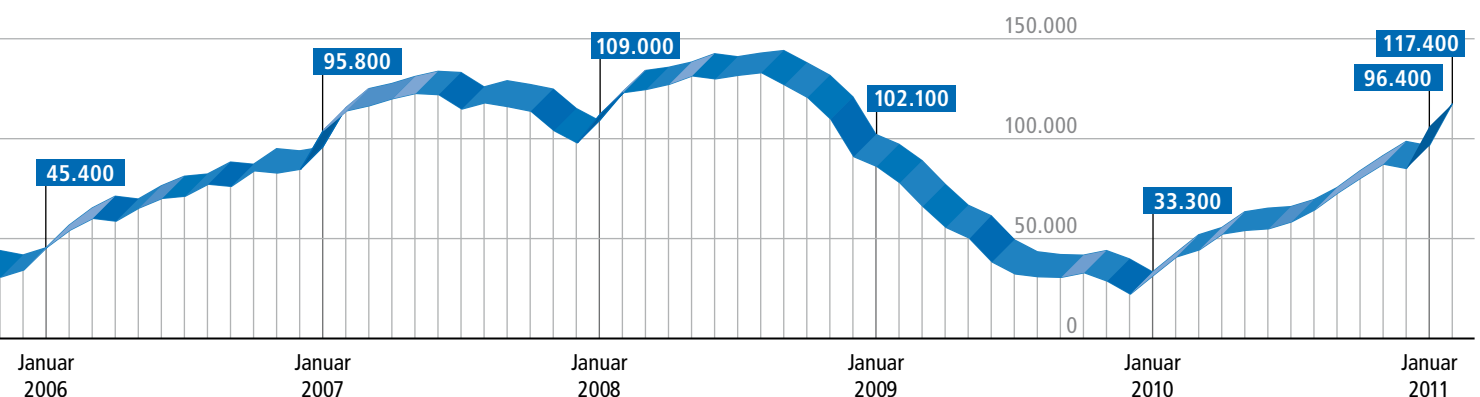
© 2011 | iw Medien - wof 12

liche „Quellen“ bieten sich an, um zusätzliche MINT-Professionals zu rekrutieren:

1. Wirtschaft und Politik sollten deutlich stärker als bisher um MINT-Absolventen werben, die aus dem Ausland zum Studium nach Deutschland gekommen sind und nach dem Examen beabsichtigen,

der Bundesrepublik den Rücken zu kehren. Um die juristischen Hürden für den Verbleib zu verringern, wäre allerdings ein neues Zuwanderungsrecht vonnöten.

2. Die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre dürfte dazu beitragen, ältere MINT-Kräfte künftig länger im Arbeitsmarkt zu halten.



Ein umstrittenes Instrument

Frauenquote. Die Bundesregierung konnte sich bisher nicht darüber verständigen, mit welchen Mitteln sie die Präsenz von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft fördern will. Ein Ministertreffen in der kommenden Woche soll Klarheit schaffen.

Während in Berlin noch um einen einheitlichen Standpunkt gerungen wird, ist in Brüssel schon alles klar: Die EU-Kommission setzt auf eine verbindliche Frauenquote, die die größten europäischen Aktiengesellschaften verpflichtet, den Frauenanteil in den Vorständen von gegenwärtig 12 auf 30 Prozent zu steigern – und zwar innerhalb von dreieinhalb Jahren. Bis 2020 soll der Frauenanteil in den Chefetagen sogar auf 40 Prozent klettern.

Diese Quoten erreicht in Europa derzeit noch kein einziges Land (Grafik):

Am höchsten ist der Frauenanteil mit 26 Prozent in den Chefetagen der finnischen und schwedischen Aktien-

gesellschaften. Am niedrigsten ist er in Malta, wo nur 2 Prozent der Vorstands- und Geschäftsführerposten mit Frauen besetzt sind.

Ob EU-Justizkommissarin Viviane Reding – die im April einen konkreten Vorschlag unterbreiten will, wie Frauen in 30 Prozent der Führungspositionen gelangen können – sich mit ihrer Forderung durchsetzen wird, ist offen. Fest steht: Wenn die Quote kommt, werden sich die meisten Aktiengesellschaften etwas einfallen lassen müssen, um sie zu erfüllen.

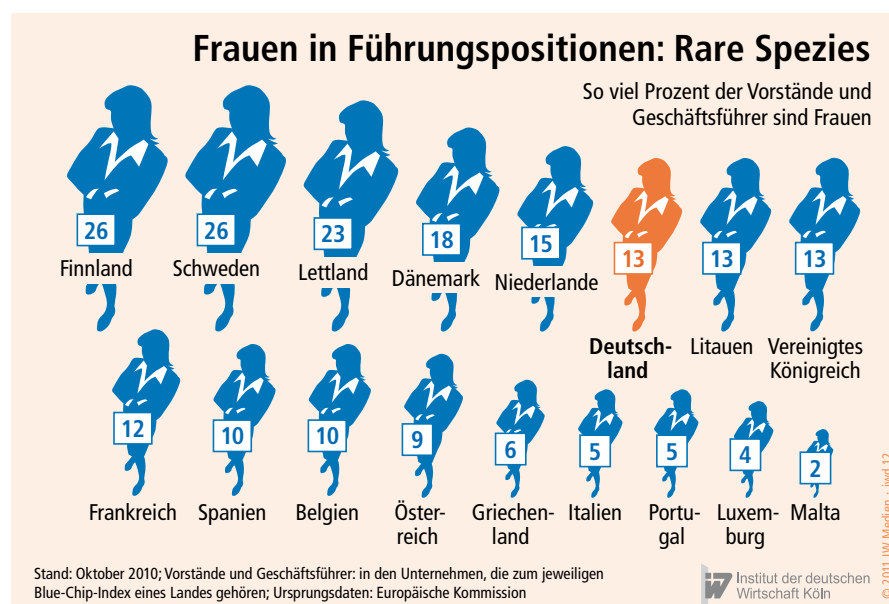
In jedem Fall gäbe es organisatorische Hürden: Denn Aufsichtsräte tauschen ihre Vorstandsmitglieder nicht turnusgemäß aus – es gibt derzeit also gar nicht die nötige Fluktuation, um die Vorstandsebenen bis 2015 hinreichend zu verweiblichen.

Auch in Deutschland will Bundeskanzlerin Angela Merkel den weiblichen Führungskräfteanteil anheben – doch im Kabinett gibt es dazu unterschiedliche Vorstellungen:

- Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen strebt eine Regelung mit einer starren Quote gemäß der EU-Kommission an.
- Bundesfamilienministerin Kristina Schröder setzt sich hingegen dafür ein, dass sich Unternehmen ab einer gewissen Größe selbst eine Quote vorgeben müssen, die sie innerhalb von zwei Jahren erreichen sollen. Für solch eine „flexible Pflichtquote“ soll noch im Laufe dieses Jahres ein abgestimmter Gesetzentwurf vorliegen.

Gleichzeitig fordert die Familienministerin aber auch bessere Rahmenbedingungen für Frauen – beispielsweise familienbewusste und flexible Arbeitszeitmodelle sowie den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder. Auch die geringe Bereitschaft der Männer, sich um pflegebedürftige Angehörige, Kinder sowie den Haushalt zu kümmern, hindert bislang viele hochqualifizierte Frauen, ihre Karriere genauso zielstrebig zu verfolgen wie die Herren der Schöpfung.

Wenn sich die DAX-Personalvorstände sowie die Arbeitsdirektoren am 30. März mit den Ministerinnen Kristina Schröder, Ursula von der Leyen und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger treffen, um über eine Frauenquote in den Chefetagen zu sprechen, wird wohl primär über das von Merkel favorisierte Modell der Familienministerin diskutiert werden. Bislang sprach sich Merkel jedenfalls immer gegen eine gesetzlich vorgeschriebene Frauenquote aus – aus gutem Grund: Denn eine solche Festlegung wäre ein massiver Eingriff in die unternehmerische Freiheit.



Auch am Bau winkt die Einheit

Lohnpolitik. In vielen Branchen sind die Tariflöhne zwischen Ost und West inzwischen vereinheitlicht worden. Auch in der Bauwirtschaft stehen die Zeichen in der laufenden Tarifrunde auf Angleichung. Dazu müssen die Beschäftigten im Westen allerdings auf einen Teil der wirtschaftlich möglichen Lohnzuwächse verzichten.

Die Tarifparteien haben in den vergangenen beiden Jahrzehnten ihr Scherflein dazu beigetragen, die vom Grundgesetz geforderten „einheitlichen Lebensverhältnisse“ zu verwirklichen. Nach der Wiedervereinigung, als die Tarifverdienste in Ostdeutschland lediglich bei 60 Prozent des Westniveaus lagen, verabredeten Arbeitgeber und Gewerkschaften eine schrittweise Anpassung der Ost-Löhne an die Entgelte im Westen.

Dieser Prozess verlief allerdings nicht immer reibungslos. So setzte die IG Metall im Frühjahr 1991 in der Metall- und Elektro-Industrie zwar einen Stufenplan zur Lohnangleichung innerhalb von drei Jahren durch. Doch aufgrund der folgenden Wirtschaftskrise kündigten die Arbeitgeber das Abkommen, erst 1996 war der Lohngleichstand erreicht – mit Ausnahmeregelungen für Firmen in wirtschaftlicher Notlage.

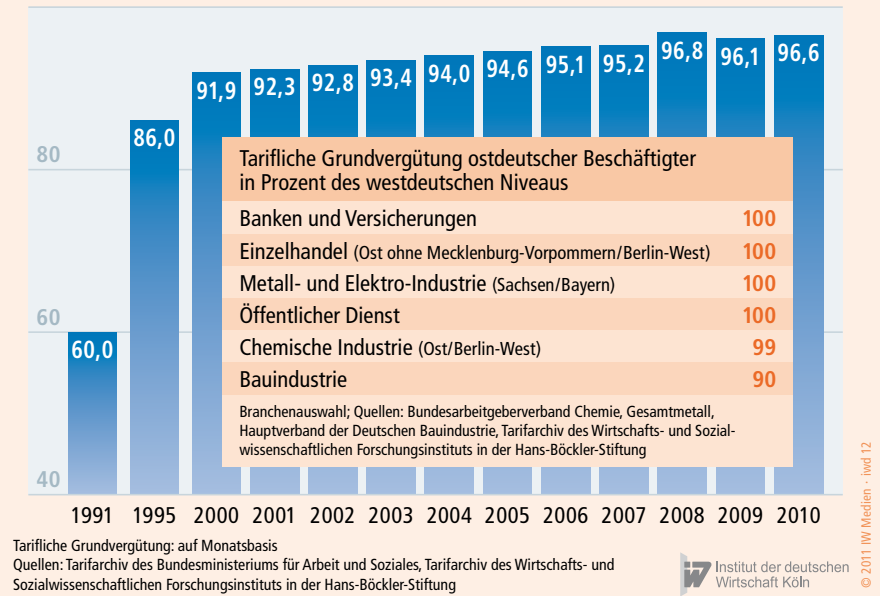
Inzwischen ist die Annäherung in Sachen Löhne zwischen Ost und West weit fortgeschritten (Grafik):

Im Schnitt aller Branchen erreichten die tariflichen Grundvergütungen in Ostdeutschland im Jahr 2010 knapp 97 Prozent des westdeutschen Niveaus.

In vielen Wirtschaftszweigen sind frühere Lohnunterschiede beim

Tariflöhne: Der Osten hat fast gleichgezogen

Tarifliche Grundvergütung ostdeutscher Beschäftigter im Durchschnitt aller Branchen in Prozent des westdeutschen Niveaus



Grundgehalt sogar vollständig abgebaut worden – neben der Metall- und Elektro-Industrie etwa bei Banken und Versicherungen oder im Einzelhandel.

Dennoch sind nach wie vor nicht alle tarifpolitischen Regelungen vereinheitlicht. Beispielsweise müssen in Ostdeutschland einige Beschäftigte länger für ihr Salär arbeiten als ihre Kollegen im Westen – in der Metall- und Elektro-Branche immerhin fünf Stunden pro Woche.

Im Bauhauptgewerbe wiederum sind zwar die Wochenarbeitszeiten in Ost und West identisch, aber die Tarifentgelte wurden bislang nicht angeglichen. Daher hat die IG BAU dieses Thema in der laufenden Tarifrunde ganz oben auf die Agenda gesetzt. Um ein grundsätzliches Problem werden die Tarifpartner allerdings dabei nicht herumkommen: Generell müssen sich die Löhne auch in den ostdeutschen Bundesländern

am Produktivitätszuwachs orientieren, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gewahrt bleibt und keine Jobs gefährdet werden (vgl. iwD 7/2011). Das heißt im Klartext:

Um eine Lohnangleichung im Bausektor zu erreichen, müssen die Tarifentgelte im Westen weniger stark angehoben werden, als es der Produktivitätsfortschritt erlauben würde.

Generell dürften vor allem die Beschäftigten der Baubranche die angestrebte Angleichung begrüßen, weil sie dem aus Mitarbeitersicht wichtigen Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit folgt. Die inzwischen in Ost und West vergleichbaren Produktivitätsniveaus erlauben es, dass der innerdeutsche Wettbewerb zwischen den Firmen künftig statt über die Löhne über Faktoren wie Qualität und pünktliche Lieferung ausgetragen werden sollte – wie es Zielsetzung von Flächentarifverträgen ist.

Nur wenige Verweigerer

Sperrzeiten. Empfänger von Arbeitslosengeld I müssen bei ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mitwirken. Andernfalls drohen ihnen Sperrzeiten, in denen kein Geld gezahlt wird. Diese werden allerdings nur selten verhängt, weil die Arbeitslosen ein Jobangebot abgelehnt haben.

Im Jahr 2010 hat die Bundesagentur für Arbeit mehr als 765.000-mal Sperrzeiten auferlegt, weil die Bezieher von Arbeitslosengeld (ALG) I ihren Pflichten nicht nachkamen (Grafik und Kasten). Bezogen auf alle ALG-I-Empfänger des vergangenen Jahres ergibt das eine Quote von 18,7 Prozent.

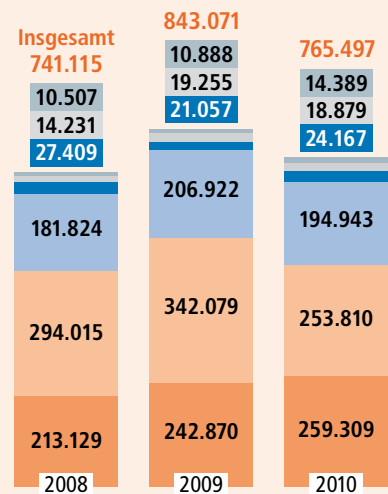
Die meisten Sperrzeiten wurden 2010 verhängt, weil ein Arbeitsloser einen Termin bei der Arbeitsagentur nicht einhielt (259.000 Fälle) oder sich zu spät als arbeitsuchend meldete (254.000 Fälle).

Jene Pflichtverletzungen, über die die Politik besonders oft diskutiert,

Arbeitslose: Ohne Meldung kein Geld

So viele Empfänger von Arbeitslosengeld I wurden aus folgenden Gründen mit einer Sperrzeit belegt

- Unzureichende Eigenbemühungen
- Ablehnung oder Abbruch einer Eingliederungsmaßnahme
- Arbeitsablehnung
- Arbeitsaufgabe
- Verspätete Arbeitsuchendmeldung
- Meldeversäumnis



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - IwD 12

Sperrzeiten

Bezieher von Arbeitslosengeld I müssen die Arbeitsagentur bei der Jobvermittlung unterstützen. Andernfalls droht ihnen eine Sperrzeit. Wer etwa ohne triftigen Grund seine Arbeit aufgibt, bekommt 12 Wochen lang kein Geld. Wer ein Jobangebot oder eine Arbeitsförderungsmaßnahme ablehnt, muss beim ersten Mal eine Sperrzeit von 3 Wochen hinnehmen, im Wiederholungsfall sind es sogar bis zu 12 Wochen. Und wer sich nicht selbst ausreichend um eine neue Stelle bemüht, muss ggf. 2 Wochen lang ohne ALG I auskommen. Summieren sich die Sperrzeiten auf 21 Wochen, erlischt der Anspruch sogar vollständig.

sind dagegen nur selten Grund für eine Sperrzeit. So hängt die Zahl der sanktionierten Job-Ablehnungen vor allem von der Zahl der offenen Stellen ab. Als der Arbeitsmarkt im Jahr 2008 auf Hochtouren lief, schlugen offenbar viele Arbeitslose ein Stellenangebot der Agenturen aus – entsprechend war die Zahl der Sperrzeiten relativ hoch. Im Krisenjahr 2009 ging sie dann deutlich zurück.

Dass die Zurückweisung von Jobangeboten nur zu wenigen Sperrzeiten führt, muss nicht daran liegen, dass dies selten vorkommt. Vielmehr ist es schwer nachzuweisen, ob der Arbeitslose eine Stelle mutwillig ablehnt. Für die Arbeitsvermittler bedeutet der Nachweis einen hohen zusätzlichen Aufwand – Zeit, die manche von ihnen lieber in die Vermittlung anderer Jobsucher investieren.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.